

Neudruck

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz zur Abschaffung von Altanschließerbeiträgen

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Im Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird

a. in § 19 Absatz 1 der Satz 3 gestrichen.

b. in § 20 ein Absatz 3 eingefügt mit dem Wortlaut: *„Abgaben, die aufgrund der Geltung des § 19 Abs. 1 in der Fassung des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (GVBl. I/13 Nr. 40) erhoben worden sind, sind zurückzuzahlen, sofern gegen den Bescheid ein zulässiger Widerspruch erhoben worden ist. Eine Vollstreckung aus Bescheiden, gegen die ein zulässiger Widerspruch erhoben worden ist, findet nicht statt.“*

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

Die Erhebung der so genannten Altanschließerbeiträge im gesamten Land hat zu einer erheblichen Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens zahlreicher Bürgerinnen und Bürger geführt. Nicht wenige sind mit Forderungen in 4- oder 5-, bis hin zu 6-stelliger Höhe konfrontiert. Die künstliche Trennung zwischen Vorteil und Vorteilslage, wie sie das Sechste Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg vorsieht, stößt an Akzeptanzgrenzen.

Bürger werden unter Bezugnahme auf Anschlüsse, die weit vor 1990 gelegt worden sind, zu Beiträgen herangezogen. Dabei vermag auch die Argumentation, dass nur Kosten für Erneuerungsmaßnahmen nach 1990 umgelegt werden, nicht darüber hinwegzutäuschen, dass als Anknüpfungspunkt, als Vorteilsbezugspunkt der Wasser- bzw. Abwasseranschluss genommen wird, der zum einen nicht durch den beitrags erhebenden Verband errichtet worden ist, zum anderen derart viele Jahrzehnte zurückliegt, dass eine Rechtssicherheit bei der Plan- und Berechenbarkeit hoheitlichen Handelns in Frage gestellt ist.

Die Behauptung, wonach in den Strukturen der ehemaligen DDR keine funktionierenden Verwaltungen oder Trink- und Abwasserversorgungsanlagen vorzufinden gewesen seien, ist durch die Lebensleistung Hunderttausender Bürger widerlegt. Es stellt auch eine Missachtung der Arbeitsleistung vieler Menschen dar, durch derart künstlich herbeigeredete Probleme die Verjährung rechnerisch auf 25 Jahre nach der Wende, faktisch auf viele, viele Jahrzehnte zu verlängern.

Dieser Schritt hat zu einer erheblichen Störung des sozialen Friedens in den zahlreichen betroffenen Gemeinden bzw. Zweckverbandsgebieten geführt. Die Menschen sehen sich mit Beitragsforderungen konfrontiert, deren rechtliche Begründetheit und Legitimität in keiner Weise nachvollziehbar sind. Nicht selten wird der Umstand, dass sich die Beitragspflichtigen durch die Zahlung der Gebühren und Grundgebühren einschließlich Abschreibungen seit 1990 selbstverständlich an allen Investitionsmaßnahmen beteiligen, außer Acht gelassen.

Gebühren- und Beitragsgerechtigkeit erfordern, dass der zeitliche Horizont zur Erhebung von Beiträgen überschaubar bleibt. Dem wird die bisherige Regelung nicht gerecht. Zur Wiederherstellung einer angemessenen Verjährungslaufzeit ist daher zumindest die mit nicht tragbarer Begründung eingeführte Hemmung aufzuheben.

Beiträge, die hiernach verjährt sind, sind – ohne dass es eines Sichberufens hierauf bedürfte – zurückzuzahlen, sofern ein zulässiger Widerspruch erhoben worden ist.

Nur eine Abschaffung der Altanschließerbeiträge bietet Gewähr für eine auf Transparenz und Kostengerechtigkeit fußende Beitrags- und Gebührenstruktur. Die einseitige, immense Kostenbelastung einer Nutzergruppe hat sich in den vergangenen Jahren als ungerecht erwiesen.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe